

des Volkes. Seine Unterstützung gilt den einfachen Leuten, den Bauern und Nomaden, die, wie einst er selbst, auf der Suche nach Nahrung die Weiten Tibets durchstreifen. In großer Armut, vielfach als Analphabeten ohne Bildung, aber mit tiefem Glauben an die Lehren des Buddha, vertrauen sie dem Mönch Tenzin Delek Rinpoche. Manche sind tagelang zu Fuß oder auf dem Pferderücken unterwegs, um ihn in strittigen Fragen um Rat zu bitten oder um Unterstützung für ihr bescheidenes Auskommen.

Tenzin Delek Rinpoche gewinnt Ansehen. Sein Ruf als gütiger und weiser Mönch verbreitet sich. Unter seiner Leitung werden Schulen, Waisenhäuser, neun Klöster, darunter ein Nonnenkloster, gebaut. Er kümmert sich um dringende ökologische Fragen wie Bodenerosion durch Abholzen der Bäume, chinesische Goldsuche und Verschmutzung der Flüsse. Und unermüdlich fordert er die Behörden auf, sich für die arme Bevölkerung einzusetzen. Tenzin Delek wird durch seine Integrität und seinen Mut zum unbequemen Mahner. Besonders auch, weil er den Tibetern rät, den Lehren und Anweisungen des Dalai Lama als religiösem Oberhaupt zu folgen.

Das ist den Chinesen zu viel. Durch Denunziation und Verleumdung soll er zum Schweigen gebracht und sein Einfluss auf die Menschen gebrochen werden. Zweimal flieht er für mehrere Monate in die Berge. Dort wird er von Freunden und Anhängern mit dem Nötigsten versorgt. Die chinesischen Behörden finden ihn nicht, allerdings hören sie nicht auf, ihn separatistischer Handlungen zu beschuldigen.

Seit Januar 2000 wird er überwacht und von den Chinesen nicht mehr aus den Augen gelassen. Telefongespräche mit seinem in New York lebenden Schüler Geshe Lobsang Tenpa, der sich im Ausland mithilfe von Menschenrechtsorganisationen für ihn einsetzt, werden abgehört. Der Druck nimmt zu. Am 3. April 2002 explodiert auf dem Marktplatz in Chengdu in der Provinz Sichuan eine Bombe. Sofort verhaftet man Tenzin Delek und seinen Schüler Lobsang Dhondup. Sie werden wegen

terroristischer Handlungen und Anstiftung zum Separatismus angeklagt, die Bombe gelegt zu haben. Schlüssige Beweise legen die chinesischen Behörden auch auf internationale Nachfragen aus den USA, Deutschland und der EU nicht vor.

Am 2. Dezember 2002 werden beide zum Tode verurteilt. Ein Exekutionskommando erschießt Lobsang Dhondup (29), Vater von zwei kleinen Kindern, noch am folgenden Sonntag im Morgengrauen in einem Sportstadion. Das Todesurteil gegen Tenzin Delek setzen die Behörden bis zum 2. Dezember 2004 aus. Er selbst sagt auf einem aus dem Gefängnis geschmuggelten Tonband im Januar 2003: „Für die Wahrheit muss man sich nicht schämen. Was immer die Behörden tun oder behaupten, ich bin unschuldig.“

Sein Schüler Geshe Lobsang Tenpa initiiert Ende 2004 mit Tibet-Unterstützer-Organisationen im In- und Ausland Hilfsaktionen, die das Auge der Öffentlichkeit auf das Schicksal des Mönches lenken. Die International Campaign for Tibet (ICT) veranstaltet in acht deutschen Großstädten eine „Mauer der Hoffnung“. Säcke mit mehr als 10.000 Postkarten zugunsten des Mönchs werden Ende November 2004 der Staatssekretärin im Auswärtigen Amt, Kerstin Müller, übergeben. Tausende von Petitionen, auch hochrangiger Persönlichkeiten, erreichen die Außenministerien der EU.

Der internationale Aufschrei gegen staatliche chinesische Willkür ist im „Reich der Mitte“ nicht zu überhören. Der Druck auf die Regierung in Peking wächst. Am 26. Januar 2005 berichtet die offizielle chinesische Nachrichtenagentur Xinhua, dass das Todesurteil gegen Tenzin Delek Rinpoche in eine lebenslängliche Haftstrafe umgewandelt wird. Menschenrechtsorganisationen begrüßen, dass sein Leben gerettet ist. Nun erhebt sich die Frage, warum dieser hoch angesehene spirituelle Lehrer überhaupt inhaftiert ist. Die Kampagne geht weiter. Tibetfreunde in aller Welt setzen sich jetzt für seine sofortige Freilassung ein.

AKTUELLES

Enger Mitarbeiter von Tenzin Delek ein „gebrochener Mann“

Noch bevor das Todesurteil von Tenzin Delek Rinpoche in eine lebenslange Haft umgewandelt wurde, entließen die Behörden den Mönch Tashi Phuntsog Anfang Januar aus dem Gefängnis. Dieser war oberster Mönch in Tenzin Deleks Stammkloster Nyakchuka und gilt als enger Vertrauter.

Nach drei Jahren in einem chinesischen Gefängnis kann der 45-jährige nicht mehr laufen und sprechen. „Er betrat die Haftanstalt als gesunder Mann Anfang 40 und wurde als gebrochener Mann entlassen“ kommentiert die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch den desolaten

Zustand des Mönches. Er ist schwer krank und braucht medizinische Versorgung.

Tashi Phuntsog wurde am 17. April 2002 in einer nächtlichen Aktion inhaftiert, nur zwei Wochen nach Tenzin Delek Rinpoche. Niemand hat jedoch etwas über die Anklage, Bewei-

se, einen Prozess und seine Behandlung im Gefängnis von Dartsedo in Kardze erfahren. Auch ist nicht bekannt, warum er freikam. Ähnlich wie Tenzin Delek soll er sich für Tibets Kultur und Umwelt eingesetzt haben und beispielsweise dafür eingetreten sein, die Abholzung der Wälder zu stoppen.

Die Behörden haben im Zusammenhang mit Tenzin Delek insgesamt

rund 60 Personen kurzzeitig inhaftiert und verhört. Einige von ihnen sollen dabei laut Human Rights Watch und Tibet Information Network (TIN) schwer verprügelt worden sein. Drei Mönche wurden mit einem Jahr „Umerziehung durch Arbeit“ bestraft.

Für Tenzin Delek Rinpoche, im Januar zu „lebenslänglich“ verurteilt, sind die Perspektiven düster. Zwar konnte die Todesstrafe abgewendet

werden, aber die Verhältnisse in chinesischen Gefängnissen sind schlimm, und die Gefahr von Folter und Misshandlung ist ständig gegeben. Dies bestätigen Berichte von TIN. Viele Häftlinge sind aufgrund der mangelhaften Ernährung und Belastung krank und geschwächt. Tibetfreunde haben jetzt eine Kampagne für die sofortige Freilassung von Tenzin Delek Rinpoche gestartet. *bs*

Menschenrechtsorganisation kritisiert Peking

Die amerikanische Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat im Januar ihren Bericht zur Lage in China 2004 veröffentlicht. Darin bezeichnet sie China als „einen höchst repressiven Staat“, in dem die Regierung kontinuierlich grundlegende Freiheiten verletzt. Die Organisation konzipiert, dass es einige Fortschritte, insbesondere im Bereich des Rechtssystems gebe; beispielsweise hätten die Verantwortlichen im März 2004 den Schutz der Menschenrechte in der

chinesischen Verfassung verankert. Viele Bemühungen würden jedoch untergraben, etwa durch Korruption, Einmischung der Partei in die Justiz und eine Kultur der Straffreiheit für Beamte und ihre Familien.

Human Rights Watch kritisierte auch das harsche Vorgehen in Tibet und Xinjiang, wo die Regierung brutal gegen „Separatisten“ einschreite. In Tibet werde die religiöse und kulturelle Freiheit eingeschränkt. Der chinesische Außenminister bezeichnete den

Bericht als voreingenommen, unverantwortlich und politisch motiviert.

Unterdessen berichtete die tibetische Organisation Gu Chu Sum, die von ehemaligen politischen Gefangenen im Exil gegründet wurde, dass im Dezember 2004 in Tibet ein Mönch namens Phuntsog Tsering verhaftet worden sein soll, weil er ein Bild des Dalai Lama besaß. Polizisten fanden das Bild und politische Literatur zu Tibet in seinem Zimmer im Kloster Margar Dhargyeling. *bs*

Büro des Dalai Lama in Nepal geschlossen

Die nepalesische Regierung hat Ende Januar das Büro S.H. des Dalai Lama und das „Büro für die Wohlfahrt der tibetischen Flüchtlinge“ in Kathmandu geschlossen. Letzteres hatte sich in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) um Tibeter gekümmert, die aus ihrer Heimat geflohen sind und in Nepal ankamen. Rund 2500 tibetische Flüchtlinge durchqueren Nepal jedes Jahr auf dem Weg nach Indien. Das Büro für tibetische Flüchtlinge hatte die Tibeter registriert und ihnen

geholfen, sich entweder in Nepal niederzulassen oder weiter nach Indien zu gelangen.

Die nepalesischen Behörden begründeten ihr Vorgehen damit, dass beide tibetischen Büros sich in Kathmandu nicht offiziell hätten registrieren lassen und das Vereinsrecht verletzten. Gleichzeitig ist es Flüchtlingen gesetzlich gar nicht erlaubt, ihre Institutionen registrieren zu lassen. Viele Tibeter sehen den wahren Grund für die Schließung darin, dass Peking Druck auf die nepalesische Regierung

ausgeübt habe. Die chinesischen Machthaber missbilligen die Abwanderung von Tibetern aus ihrer Heimat und kritisieren, dass Kathmandu eine offizielle Vertretung S.H. des Dalai Lama zulässt.

Aus Kreisen der Vereinten Nationen wurde mitgeteilt, dass die Arbeit in Kathmandu fortgesetzt werde. Auch ohne das tibetische Büro werde man sich weiter dafür einsetzen, die tibetischen Flüchtlinge in Nepal zu schützen und zu unterstützen. *bs*

Tibet Intergroup setzt Arbeit fort

Mit einem Votum von 120 Abgeordneten hat das Europäische Parlament im Dezember 2004 beschlossen, die Arbeit der Tibet Intergroup fortzuführen.

„Dies ist ein großer Erfolg für das tibetische Volk und das Engagement für seine kulturellen und religiösen Rechte im Europäischen Parlament“,

freute sich Thomas Mann, Präsident der Intergroup, der in seinem Amt bestätigt wurde. Durch die Arbeit des Gremiums in den vergangenen Jahren

wurde Tibet immer wieder ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt, u.a. mit zwei Ansprachen S.H. des Dalai Lama vor dem Europäischen

Parlament und rund 30 Resolutionen zu Tibet und den Menschenrechten. Die Tibet Intergroup leistet auch praktische Unterstützung für eine gewalt-

freie Lösung des Tibetproblems. Insbesondere setzt sie sich für Verhandlungen zwischen der tibetischen und der chinesischen Regierung ein. *bs*

China: „Durchgreifen gegen feindliche Kräfte“

Luo Gan, Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Chinas, hat Ende Februar 2005 ein „hartes Durchgreifen gegen feindliche Kräfte“ in China gefordert, welche die „nationale Sicherheit bedrohen“. Dazu zählt er Tibeter, die nach Unabhängigkeit streben, Uiguren, die er als „Terroristen“ bezeichnet, sowie die Falun Gong-Bewegung, die 1999 von den Behörden als „böser Kult“ gebrandmarkt wurde. Luo setzte sich dafür ein, die Arbeit des Geheimdienstes zu verstärken und insbesondere in Tibet und Xinjiang für „Stabilität“ zu sorgen.

Ähnliche Aussagen kamen zeitgleich vom stellvertretenden Direktor der Staatlichen Kommission für ethnische

Angelegenheiten, Wu Shimin. Dieser beklagte in einem Kommentar zu dem von seiner Behörde herausgegebenen „Weißpapier über Regionale Autonomie für ethnische Minoritäten“, dass „eine kleine Anzahl extremistischer Gruppen“ im Namen der Tibeter und anderer Minderheiten separatistische Aktivitäten ausführe. In dem Weißbuch wird noch einmal dargelegt, was Peking unter Autonomie versteht:

Jede ethnische Gruppe mit mehr als zehn Millionen Mitgliedern hätte ihre eigene „autonome Region“. Dort würden die einheimische Sprache und traditionelle Kultur gepflegt, während Peking dafür zuständig sei, die politische Führung zu ernennen

und die Kontrolle über die Wirtschaft und Politik auszuüben. Die autonomen Regionen, zu der auch Tibet zählt, machen insgesamt 64 Prozent des chinesischen Staatsgebiets aus.

Kritik kam aus den USA. In dem jährlich herausgegebenen Menschenrechtsbericht der USA wird Peking Ende Februar vorgeworfen, den Krieg gegen den Terrorismus dafür zu missbrauchen, friedliche Gegner des Regimes loszuwerden. Jene, die abweichende politische Meinungen vertreten, würden unter Druck gesetzt und verhaftet. Besonders brutal würden religiöse Gruppen behandelt, die der Staat missbillige, sowie Tibeter und Uiguren, die nach Unabhängigkeit streben. *bs*

Waffenembargo gegen China soll fallen

Das Waffenembargo gegen China könnte noch vor Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Großbritannien im Juli 2005 aufgehoben werden. Dies berichtete der Nachrichtensender BBC Mitte Januar unter Berufung auf den englischen Außenminister Jack Straw. Die Europäische Union hatte das Embargo vor 15 Jahren als Reaktion auf die Niederschlagung der Demokratiebewegung auf dem Tiananmen-Platz verhängt.

Bundeskanzler Schröder und der französische Präsident Chirac haben sich in letzter Zeit wiederholt dafür ausgesprochen, China wieder Waffen zu liefern. Die englische Regierung scheint sich nun auch der Argumentation anzuschließen, wonach man China nicht

auf eine Stufe mit Burma und Zimbabwe stellen dürfe. Die amerikanische Regierung ist gegen diesen Vorstoß der Europäer; sie fürchtet, dass Peking dadurch in die Lage versetzt würde, Taiwan weiter unter Druck zu setzen. Enttäuscht zeigten sich auch Tibet-Freunde. Die Free Tibet Campaign kritisierte das Ansinnen, weil Peking dadurch ein wichtiger Anreiz genommen werde, die Menschenrechtslage zu verbessern.

Erst am 8. Dezember 2004 beschloss die EU, das Waffenembargo nicht aufzuheben; es hieß jedoch, diese Entscheidung könne im Zuge einer Verschärfung des EU-Kodexes für Waffenexporte revidiert werden. Tibet-Unterstützergruppen auf der ganzen Welt und Menschenrechtsorganisationen

wie amnesty international sprechen sich vehement für die Beibehaltung des Status quo aus. amnesty betrachtet den Kodex für Waffenexporte als lückenhaft, da er eher eine politische als eine rechtsverbindliche Vereinbarung sei und großen Spielraum lasse, was exportiert werden darf.

Eine Auseinandersetzung mit der militärischen Niederschlagung der Demokratiebewegung im Juni 1989 hat in China nicht stattgefunden. Das Thema wird tabuisiert. Die Regierung verbietet ein öffentliches Gedenken an die Ereignisse, da sie die Bewegung als eine „konterrevolutionäre Rebellion“ betrachtet. Bis heute befinden sich noch Dissidenten vom Tiananmen-Platz in Haft. *bs*

Solidarität mit Tibet

650 Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland haben am 10. März 2005 auf ihren Rathäusern und Ämtern die Flagge Tibets gehisst. Sie bekunden damit ihre Solidarität mit dem seit über 50 Jahren besetzten Land. Die Tibet Initiative Deutschland e.V. hat diese Solidaritätsaktion organisiert. Das Hissen der tibetischen Flagge, die in Tibet selbst verboten ist, ist auch Ausdruck der Sympathie für die gewaltlose Politik des Dalai Lama und das legitime Recht des tibetischen Volkes auf Selbstbestimmung.

Monika Deimann, die Koordinatorin der Flaggen-Aktion, fordert die Bundesregierung auf „endlich zur Kennt-



Noch nie wehten in Deutschland so viele Flaggen für Tibet wie am 10. März 2005: Frankfurt (Bild links) hat sich schon in vergangenen Jahren beteiligt. Westerland ist zum ersten Mal dabei. Bürgermeisterin Petra Reiber zeigt ihre Solidarität mit dem besetzten Land.

nis zu nehmen, auf welche immense Unterstützung Tibet in der Bevölkerung zählen kann“ und ihre Tibetpolitik zu überdenken. „Tibet scheint bis-

lang lediglich ein lästiger Störfaktor im großen Chinageschäft zu sein,“ kritisierte Deimann von der Tibet Initiative. *bs*

Europaweite Tibet-Demonstration in Berlin

Die große europaweite Tibet-Demonstration zum 10. März fand auf Initiative der International Campaign for Tibet, der Tibet Initiative Deutschland e.V. und anderer Gruppen dieses Jahr in Berlin statt. Bei nasskaltem Wetter versammelten sich rund 750 Tibet-Freunde aus ganz Europa in der deutschen Hauptstadt. Sie gedachten des tibetischen Volksaufstandes von 1959, der von den chinesischen Besatzern blutig niedergeschlagen wurde.

Redner auf der Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor waren u.a. Ngawang Sangdröl, die erst 2002 aus dem Drapchi-Gefängnis in Lhasa entlassen worden war, und der chinesische Menschenrechtsaktivist Harry Wu, der 19 Jahre in Arbeitslagern verbracht. Beide forderten die Teilnehmer auf, nicht in ihrem politischen Engagement nachzulassen und Solidarität mit den Tibetern zu zeigen.

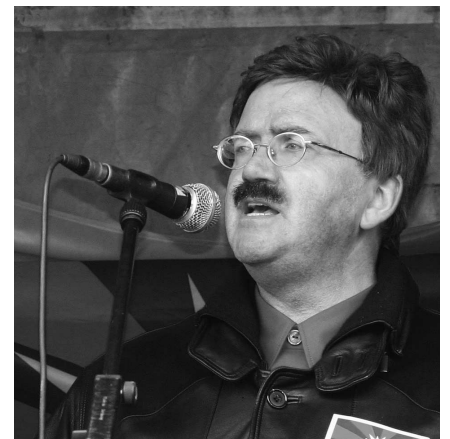
Am 9. und 10. März war Harry Wu auf Einladung der Tibet Initiative zu Gast in Hamburg, wo er den China-Begeisterten ins Gewissen redete: „Waren aus China, die im Hamburger Hafen eintreffen, sind vielfach in chinesischen Arbeitslagern hergestellt worden.“ Die Menschenrechtssituation in China und Tibet ließe sich nur verbessern, wenn Druck auf die chinesische Regierung ausgeübt würde, mahnte der Dissident. *bs*



Die Demonstranten forderten ein Ende der chinesischen Besatzung und „Freiheit für Tibet“.



Der chinesische Menschenrechtler Harry Wu forderte in Berlin von Bundeskanzler Schröder, das Waffenembargo gegen China aufrechtzuerhalten.



Auch der Europa-Abgeordnete Thomas Mann (CDU) demonstrierte für Tibet. Er forderte von den europäischen Politikern, mehr Druck auf Peking auszuüben.

Buddhistinnen in Sri Lanka kümmern sich um Flutopfer

Die Zweigstelle der Frauenorganisation Sakyadhita in Sri Lanka kümmert sich um die Opfer der Flutkatastrophe vom Dezember 2004. Unmittelbar nach der Verwüstung durch die Tsunami haben Mitglieder von Sakyadhita zusammen mit einigen Nonnen, die in einem Ausbildungszentrum in der Nähe der Hauptstadt Colombo leben, Hilfsgüter gesammelt und an die Opfer verteilt, die bei ihnen Schutz suchten. Ab Mitte Januar sind die Nonnen täglich in die Lager gefahren, um mit den traumatisierten Menschen zu sprechen und zu beten.

Die Not ist so groß, dass die Non-

nen kaum nachkommen, um der großen Zahl von Obdachlosen und Waisen zu helfen. Daher haben sich die Verantwortlichen von Sakyadhita entschlossen, Kurse einzurichten, in denen weitere Frauen in der Gemeindegarbeit ausgebildet werden sollen. Dabei soll es nicht nur um geistigen Beistand gehen, sondern auch um praktische Hilfe beim Entwickeln neuer Lebensperspektiven. Wer diese Arbeit in Sri Lanka unterstützen möchte, kann dies über die Buddhistische Akademie in Berlin tun: Konto-Nr.: 640588-102, Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Stichwort: Sakyadhita Sri Lanka.

Kurz belichtet

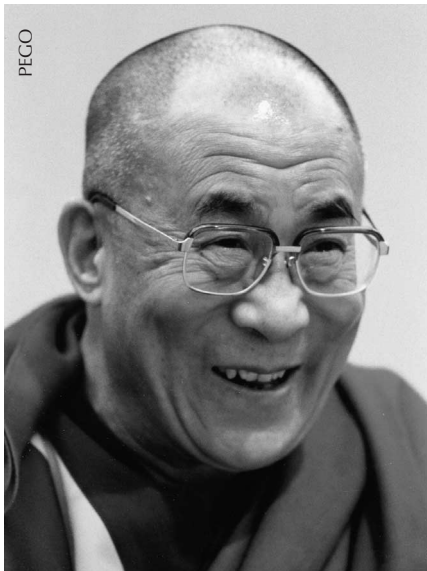
• **Vertrauter Hu Jintao neuer Parteisekretär in Tibet:** Yang Chuantang, vormals Gouverneur der Provinz Qinghai, ist zum Parteisekretär der so genannten Autonomen Region Tibet ernannt worden. Damit hat ein enger Vertrauter des chinesischen Regierungschefs Hu Jintao den einflussreichsten Posten in Tibet inne. Hu hat mit dieser Amtsbesetzung die tibetischen Angelegenheiten seiner direkten Aufsicht unterstellt.

• **Öko-Landbau in tibetischen Siedlungen im Exil:** Einige tibetische Bauern in Südindien sind dem Ratsschlag der tibetischen Exilregierung gefolgt und auf Öko-Landbau umgestiegen. Sie verzichten auf chemische Düngemittel, Pestizide und Hybrid-Saatgut. Sie erhofften sich durch die so eingesparten Kosten mehr Gewinne. Überrascht waren sie, dass sie nicht nur die Kosten senkten, sondern auch mehr ernteten: Ihre Erträge stiegen um 35 Prozent.

• **ICT erhält Menschenrechtspreis:** Die International Campaign for Tibet (ICT) ist mit der angesehenen Geuzen-Medaille 2005 ausgezeichnet worden. Diese wird von der niederländischen Stiftung Geuzenverzet 1940-45 verliehen, die sich im Gedenken an die Widerstandsgruppe de Geuzen nach dem zweiten Weltkrieg gegründet hatte. ICT erhielt die Anerkennung „für die stetigen, gewaltfreien Bemühungen um ein demokratisches Tibet und für die Menschenrechte des tibetischen Volkes.“ Die Tibet-Organisation ist damit in guter Gesellschaft: Zuvor hatten schon amnesty international, Richard von Weizsäcker, Vaclav Havel und Harry Wu diese Auszeichnung erhalten.

• **Mehr Tourismus:** China will den Tourismus in Tibet in den nächsten 15 Jahren kräftig ankurbeln. Heute zieht Tibet jedes Jahr rund eine Millionen Touristen an, hauptsächlich Chinesen. Im Jahr 2020 sollen es rund 10 Millionen Menschen sein, die das Dach der Welt besuchen; diese würden mit 18 Prozent zum Bruttosozialprodukt beitragen. Mit den Einnahmen will die Regierung die Wirtschaft ankurbeln und die Verstädterung vorantreiben.bs

S.H. der Dalai Lama wird 70



S.H. der Dalai Lama feiert am 6. Juli 2005 seinen 70. Geburtstag. Schon im Juni wird aus diesem Anlass in Dharamsala ein Programm mit religiösen und sozialen Aktivitäten abgehalten, u.a. eine große Langlebenszeremonie am 12. Juni 2005. Für dieses Ritual müssen vorab sieben Millionen Mantras der Weißen Tārā rezitiert werden. Die tibetische Exilregierung hat die Tibeter gebeten, bis zum 30. Mai so viele Mantras wie möglich zu sprechen und die Zahl an eines ihrer Büros weiterzugeben. Freunde des Tibetischen Zentrums können die Zahl ihrer Mantras an tz@tibet.de mailen. Dort wird alles gesammelt und Ende Mai gemeinsam nach Dharamsala übermittelt.

Belgische Regierung sorgt für Ausladung des Dalai Lama

Die für Juni 2005 geplanten Unterweisungen S.H. der Dalai Lama in Belgien sind abgesagt, offenbar aufgrund diplomatischer Verwicklungen. Zeitgleich mit seiner Belgien-Reise ist König Albert II von Belgien zu einem Staatsbesuch nach China eingeladen. Die chinesische Regierung hatte Druck auf Brüssel ausgeübt, die chinesisch-belgischen Beziehungen durch einen Besuch des tibetischen Oberhauptes

nicht zu strapazieren.

Daraufhin reisten Vertreter der belgischen Regierung nach Indien. Sie baten den Dalai Lama, offenbar mit Stillschweigen der Organisatoren in Belgien, die Veranstaltung abzusagen. Dem Dalai Lama blieb nichts anderes übrig, als zuzustimmen. Die Organisatoren zeigten sich offiziell zwar enttäuscht; sie nahmen den Vorstoß der belgischen Regierung jedoch hin.